

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM, halbjährlich 10,- RM, jährlich 20,- RM. Einzelhefte 1,- RM. Die Postgebühren sind in den Preisen inbegriffen. Die Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich.

Engelgasse 20, Wilsdruff. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 129 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2610 Sonnabend, den 4. Juni 1932.

Die Krise im Kreise.

Der Schrei der Welt. — Die ewig Gestrigen. — Der deutsche Schicksalswagen.

In den Hauptstädten der verschiedenen, auf Geheiß von Versailles gesplitterten europäischen Staaten macht sich das dumpfe, drohende Erdbeben besonders bemerkbar, das als Weltkrise die Völker zum Erzittern und zur Panik treibt. Ob ein „Siegerhaat“ wie Rumänien oder Griechenland, ob ein Unterlegener im Weltkriege wie Österreich gegen das Schicksal von heute anzulämpfen versucht und dabei mit neuen Menschen und Methoden dieses Schicksal meistern will, — die Menschen selbst sind und bleiben so lange hoffnungslos, als sie Frankreich als das Land, das die goldene Zügel führt, nicht zu ändern vermag. „Es muß anders werden, es muß etwas geschehen“, so geht ein Schrei durch die Welt. Aber alles prallt ab an den Panzergewölben der Panik von Frankreich. Nur zögernd und unter politischem Druck hat man dort vor ein paar Monaten eine Anleihe für die Tschekoslowakei bewilligt, aber die Wünsche Polens nach einer größeren Kreditgewährung stoßen in Paris auf taube Ohren. Denn selbst die mit Gold angefüllte Panzerfestung der Panik von Frankreich ist „unterminiert“ durch allgemeines Mißtrauen, so daß auch den französischen Sparern und Kleinrentnern die Sehnsucht nach dem baren, dem „blanken“ Gold schon längst überfallen hat. Und dieses Mißtrauen ist es, das heute ebenso wohl in Frankreich wie in Amerika — den beiden einzigen „Goldländern“, die es noch gibt — wie ein Panzerdruck auf allem liegt; und dieser Panzer scheint fester zu sein als der Eisenbeton, mit dem man die Goldschätze der Staatsbanken in Paris und Washington zu schützen sich bemüht. In diesem „Mißtrauen“ liegt der letzte Grund für das, was man als Weltkrise bezeichnet. Diese „Vertrauenskrise“ hat als Tochter alle die Regierungskrisen in den verschiedenen Ländern geboren. Denn vergeblich war die Hoffnung und der Versuch jedes Landes, aus eigenen Kräften sich aus den Polypenarmen eines Weltgeschicksals befreien zu wollen.

Man hat alles andere als die Gewißheit, daß der eigentliche Träger dieses Weltgeschicksals, Frankreich, sich dessen bewußt ist, worauf es heute ankommt. Nur noch auf die Franzosen paßt die Bezeichnung: die Ewig-Gestrigen. Sie versuchen es zu verneinen, daß die Welt von heute anders ist als die von gestern. Und wenn jetzt auch Herr Herriot der Mann von morgen sein wird, so hörte man doch auch aus seinem Munde nur Worte von gestern. Die „Sicherheit“ Frankreichs verlangt er, — sie ist vor bald hundert Jahren von dem Dichter und Romantiker Chateaubriand erfunden und gefordert worden in einem Sinne, auf den Nikolaus Feder antworten mußte: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein!“ Und an dieser Wand haben sich von Stresemann bis Brüning die deutschen Außenminister in den langen Jahren, seitdem Herriot 1924 französischer Ministerpräsident geworden war, die Köpfe eingerammt. Wer geglaubt hat, daß der starke Linksrud in Frankreich, der Sieg Herriots und der Sozialisten auch nur stimmungsmäßig eine Änderung der französischen Haltung in der Reparationsfrage herbeiführen würde, muß jetzt hören, daß sich Herriot gerade in dieser Frage nach rechts hinüberwendet zu Tardieu, dem Mann von vorgestern, dem Helfershelfer Clemenceaus im deutschen Unheiljahre 1919. Gewiß, Herriot verneint nicht die Krise von heute, die, wie wir jetzt wissen, auch eine Krise von morgen ist. Er will uns eine Atempause gewähren, solange auf der bergehohen Krise die Luft so dünn und spärlich ist, daß wir überhaupt kaum atmen, geschweige denn für unsere Gläubiger arbeiten können. Er hat aber das Angebot der Sozialisten, zusammen eine Linksrudierung an den politischen verständlichen Charakter zu bilden, glatt abweisen lassen: er will die französische Außenpolitik zusammen mit den Parteien betreiben, die schon 1924 sein „Entgegenkommen“ verurteilten und verhinderten, als er nach der Unterzeichnung des Dawes-Plans sofort das Ruhrgebiet räumen lassen wollte. Erst ein Jahr später rückten die französischen Truppen ab.

Herriot hat damals dem deutschen Verlangen auf sofortige Räumung abschließend die Behauptung entgegen gestellt, er könne ihr nicht zustimmen, weil ihm dann am nächsten Tage eine Mehrheit in der französischen Deputiertenkammer — trotz der überwiegenden Zahl politisch links eingestellter Abgeordneter — das Mißtrauen aussprechen würde. Das war keine Ausrede. Dantons, des redegewaltigen französischen Revolutionärs, Wort von den „natürlichen Grenzen“ Frankreichs — Rhein, Pyrenäen, Mittelmeer, Ozean — sah fest in allen Köpfen und Sinnen. Daß man heute von Paris aus weit hinausgreift selbst über diese Grenzen, ist ja auch der eigentliche Hintergrund der deutschen Krise. Des über dem französischen Feuer im allzu engen deutschen Dampfkessel überhitzte nationale „Wortgefühl“ ließ die Ventile betaus, die von der Realpolitik Brünnings festgeschraubt worden waren. Auch von seinen Freunden wurde es ge-

Der Reichstag aufgelöst!

Neuer Appell an das deutsche Volk.

Vor der Auflösung des Reichstages.
Die Reichsregierung trat unter Vorsitz des Reichszanklers von Papen am Freitag zu einer längeren Beratung zusammen, um sich über das Regierungsprogramm einig zu werden. Im Mittelpunkt der Beratungen des Reichskabinetts stand auch die Frage, ob die neue Reichsregierung mit ihrem Regierungsprogramm vor dem Reichstag treten soll oder nicht. Bei diesen Erörterungen spielte natürlich die Haltung der Parteien zum neuen Kabinett eine Rolle. Nachdem das Zentrum in dem Schreiben des Führers der Partei, des Prälaten Kaas, dem neuen Reichszankler von Papen mitgeteilt hat, daß die Zentrumspartei zur neuen Regierung in schärfster Opposition stehe, würde die Regierung Papen, wenn sie es im Reichstag zu einer Abstimmung kommen lassen würde, bestimmt in der Minderheit bleiben. Im Schöße der Reichsregierung wird also die Frage erörtert, ob es zweckmäßig ist, sich dem Reichstag zur Abstimmung zu stellen oder das Regierungsprogramm etwa nur durch die Zeitungen der Öffentlichkeit bekannt zu geben.

In gut unterrichteten politischen Kreisen rechnet man damit, daß der Reichstag unmittelbar vor der Auflösung steht. Der Altpräsident des Reichstages ist noch einmal am Sonnabend nachmittags einberufen worden, ob es aber überhaupt noch zu seinem Zusammentritt kommen wird, ist sehr fraglich. Wie es heißt, wird am Sonnabend dem Reichspräsidenten der Beschluß der Reichsregierung zur Reichstagsauflösung vorgelegt werden, und dann dürfte in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten Löbe die Auflösung des Reichstages verfügt werden.

Wenn die Neuwahlen nach etwa erfolgter Reichstagsauflösung stattfinden werden, steht noch nicht genau fest. Nach einigen Nachrichten sollen die Neuwahlen bereits am 26. Juni stattfinden, andere wollen davon wissen, daß die Wähler nicht vor Mitte Juli an die Urne gerufen werden würden, weil die formalen Vorbereitungen zu einer Neuwahl so lange Zeit in Anspruch nehmen würden.

Mit der Amtsübernahme der neuen Reichsregierung hat auch ein Wechsel in der Leitung der Pressestelle der Reichsregierung stattgefunden. Der langjährige Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Becklin, ist von diesem Posten abberufen worden.

Wehrminister von Schleicher an die Reichswehr.

Reichswehrminister von Schleicher hat an die Reichswehr folgenden Aufruf erlassen:

Mit dem heutigen Tage trete ich das Amt des Reichswehrministers an, zu dem mich das Vertrauen des Reichspräsidenten, des Oberbefehlshabers der Wehrmacht, berufen hat.

Ich werde meine Kraft daransetzen, daß die Reichswehr dazu befähigt wird, ihre Berufsaufgabe zu erfüllen: Deutschlands Grenzen zu schützen und seine nationale Sicherheit zu gewährleisten. Ich werde ferner dafür sorgen, daß diejenigen geistigen und physischen Kräfte unseres Volkes gefördert werden, welche die unentbehrliche Grundlage der Landesverteidigung bilden. Ich bin überzeugt, daß im Innern die Tatkraft, das Wir eine geschlossene und überparteiliche Wehrmacht besitzen, allein genügen wird, um die Autorität des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren.

Ich vertraue darauf, daß jeder Angehörige der Wehrmacht mit dabei helfen wird, das mir anvertraute Erbe einer großen Vergangenheit zum Besten von Volk und Vaterland zu verwalten.

Der Reichswehrminister gez. von Schleicher.

tadelte, daß er diesen Dampfdruck nicht so nutzte, daß die „Reparationskrise“ zu schnellerer Entwicklung getrieben wurde. Nun haben andere Männer, den Regulator in der Hand, um den Dampfdruck zur Erhöhung der Geschwindigkeit auszunutzen. Aber es ist keine glatte Fahrt, die in den nächsten Tagen und Wochen vor uns Deutschen liegt. Kurven gibt es und Steigungen, Gefälle und unterwachsene Stellen, vielleicht oder vielmehr sicherlich auch feste Hindernisse, die die Fahrt gefährden. In Versuchen dazu wird es nicht fehlen. In eines Volkes schwerster Stunde läßt Goethe den Führer ein Wort sprechen, das nur allzu sehr auch auf diese krisenereifte Zeit von heute abgestimmt ist: „Die von unsichtbaren Geistern gepfeift, gehen die Sonnenpferde der Zeit mit unseres Schicksals Wagen durch und uns bleibt nichts, als mütig gefaßt die Jügel festzubalten und, bald rechts, bald links, vom Steine hier, vom Sturze da die Räder wegzulenken.“

Dr. Br.

Reichstagsauflösung am 4. Juni.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages am 4. Juni 1932 in Vorschlag zu bringen.

Das Auflösungs-Dekret.

Berlin. Amlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages vom 4. Juni gemeldet:

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach den Ergebnissen der in den letzten Monaten stattgefundenen Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.

Berlin, den 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident
gez. v. Hindenburg
Der Reichszankler
gez. v. Papen

Der Reichsminister des Innern
gez. Freyler v. Goltz

Berliner Presse zur Reichstagsauflösung

Berlin, 3. Juni. Die Nachricht von dem Beschluß der Reichsregierung, den Reichstag aufzulösen, hat, obwohl sie nicht unerwartet kam, in Berlin großes Aufsehen erregt. Die „Germania“ bemerkt in ihrer ersten Ausgabe in einem kurzen Kommentar unter anderem: Mit diesem Beschluß hat das Kabinett nur die unerläßlichen Konsequenzen aus der politischen Lage gezogen, wie sie sich nach dem Sturz des Kabinetts Brüning mit seltener Klarheit herausgebildet hat. Der „Vorwärts“, der eine Sonderausgabe loslassen auf den Straßen verteilte, sagt unter anderem: Das Reichskabinett von Papen, das Kabinett der Barone, konnte mit diesem Reichstag nicht regieren. Darum hat es ihn aufgelöst. — Wegen die Sozialdemokratie und gegen das Zentrum! Das Kabinett der Barone will einen Reichstag haben, in dem mehr Nationalsozialisten sitzen, aber weniger sozialdemokratische und christliche Arbeitervertreter. Die „D.N.Z.“ schreibt unter anderem: Der Abschied vom alten Parlament müsse nach allem, was sich in den letzten Monaten an qualvoller Spannung in Deutschland zusammengeballt hätte, wie eine Erlösung wirken. Die Reichsregierung erhalte durch die Auflösung des Parlaments freie Hand, sich ganz den ungeheuren Schwierigkeiten und lästlichen Aufgaben zu widmen, die ihrer warten.

Die Haltung der Deutschnationalen Volkspartei.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hielt eine Sitzung ab, in der die durch den Sturz der Regierung Brüning und durch die bevorstehende Reichstagsauflösung herbeigeführte Lage behandelt wurde. Dr. Hugenberg nahm an der Sitzung teil. Die Fraktion faßte eine Entschlieung, in der es u. a. heißt:

Die Fraktion begrüßt es, daß jetzt nach dem Sturz der Regierung Brüning als erste Maßnahme die Auflösung des Reichstages erfolgt. Die politischen Gesichtspunkte der letzten Jahre stellen eine uneingeschränkte Rechtfertigung der Politik der Deutschnationalen Volkspartei und ihres Führers dar.

Die Deutschnationale Volkspartei ist an der Bildung und Befestigung der neuen Reichsregierung unbeteiligt. Sie hat also der Regierung gegenüber keinerlei Bindungen. Ihre Haltung wird nicht von der Erfüllung propagandistischer Forderungen oder von wahlpolitischen Gesichtspunkten abgänglich sein, sondern allein von der sachlichen Arbeit, die für das Vaterland geleistet wird.

Der Wahlkampf muß die Systemparteien aus der Gestaltung der deutschen Politik ausschalten. Die endgültige Entscheidung über die Richtung der deutschen Politik wird erst nach den Reichstagswahlen fallen. In dieser Entscheidung werden die in der Deutschnationalen Volkspartei verkörperten Kräfte ihren Anteil beanspruchen und durchsetzen. Wiederaufrichtung der deutschen Nation wird das Kennwort dieser Wahl sein. Die Deutschnationale Volkspartei, die wie bisher unter diesem Kennwort steht, vereinigt damit ein anderes lebenswichtiges Ziel: Abwendung des drohenden Chaos.